

**Art. 2.** In artikel 5, § 1 van hetzelfde besluit worden de woorden « of in een woonresource » tussen de woorden « in een tehuis » en « bedraagt de persoonlijke participatie » ingevoegd.

**Art. 3.** Artikel 7 van hetzelfde besluit wordt opgeheven

**Art. 4.** Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 1 mei 1998.

Eupen, 5 juni 1998.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President, Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen, Gezondheid,  
Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme,

J. MARAITE

De Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden,  
K.-H. LAMBERTZ



D. 98 — 3002

[C — 98/33078]

**5. JUNI 1998 — Erlass der Regierung über die Aufnahme von Personen mit Behinderung in Wohnressourcen**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Gesetze vom 6. Juli 1990, 18. Juli 1990, 5. Mai 1993 und 16. Juli 1993;

Aufgrund des Dekretes der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 19. Juni 1990 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge, insbesondere der Artikel 4 § 1, 3. und 4.;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 24. April 1973 zur Festlegung- was das Ministerium für Volksgesundheit und Familie betrifft- der besonderen Regeln, die für die Festlegung der Tagespflegesätze zu beachten sind, welche für die zu Lasten der öffentlichen Hand untergebrachten Personen mit Behinderung bewilligt werden, zuletzt abgeändert durch den Erlaß der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 20. Juli 1993;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 8. April 1981 zur Festsetzung für die Deutschsprachige Gemeinschaft des Beitrages der zu Lasten des Fonds für die medizinische-sozial-pädagogische Betreuung Behinderter untergebrachten Behinderten;

Aufgrund des Einverständnisses des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt vom 5. Juni 1998;

Aufgrund des günstigen Gutachtens der Finanzinspektion vom 12. Mai 1998;

In Erwägung des Vorschlages des Verwaltungsrates der Dienststelle für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge vom 27. März 1998;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere des Artikels 3 § 1, abgeändert durch das Gesetz vom 9. August 1980, 16. Juni 1989 und 4. Juli 1989;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In Erwägung der Tatsache, daß in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein stetig wachsender Bedarf im Bereich der Aufnahme von Personen mit Behinderung zu verzeichnen ist und es an Aufnahmemöglichkeiten mangelt, muß die anwendbare Reglementierung der heutigen Bedarfsentwicklung angepaßt werden;

In Erwägung der Tatsache, daß eine Fortführung der Aufnahmen gewährleistet werden muß und das Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses demnach keinen Aufschub mehr duldet;

Auf Vorschlag des Ministers für Jugend, Ausbildung, Medien und Soziales,

Beschließt:

**KAPITEL I — Anwendungsbereich und Anerkennung**

**Artikel 1** - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Wohnresource: vom Dienst für Wohnressourcen anerkannte Personen, die Nutznießern Unterkunft, Begleitung, und Unterstützung gewähren und die deren Selbständigkeit und Integration in die Gesellschaft fördern;

2. Nutznießer: bei der Dienststelle eingeschriebene volljährige Person mit einer Behinderung;

3. Basissatz: die in Artikel 6 erwähnte Mindestentschädigung für Wohnressourcen;

4. Dienst für Wohnressourcen: ein von der Dienststelle anerkannter Dienst für die Erschließung, Anerkennung und Betreuung von Wohnressourcen;

5. Dienststelle: die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge.

Vorliegender Erlaß findet keine Anwendung auf

— die Nutznießer, die im Sinne von Artikel 1 des Dekrets vom 20. März 1995 über die Jugendhilfe als Jugendliche gelten;

— die Aufnahme von Verwandten ersten Grades.

**Art. 2** - Um anerkannt zu werden, muß eine Wohnresource:

— eine Familienhaftpflicht- und eine Feuerversicherung abschließen, die die Nutznießer mit einschließt;

— die von der Dienststelle vorgeschriebenen Sicherheitsvorkehrungen erfüllen.

**Art. 3** - Die Anerkennung als Wohnresource wird für einen erneuerbaren Zeitraum von höchstens drei Jahren gewährt.

**Art. 4** - Die Wohnressource schließt mit dem Dienst für Wohnressourcen für jeden Nutznießer einen Vertrag für jeweils ein Jahr ab, der mindestens folgendes beinhaltet:

1. eine Beschreibung der Rechte und Pflichten aller Beteiligten;
2. eine Kündigungsfrist von drei Monaten;
3. die Möglichkeit der fristlosen Aufkündigung bei schwerwiegenden Gründen.

**Art. 5** - Wenn den Bestimmungen des vorliegenden Erlasses nicht entsprochen wird oder wenn schwerwiegende Gründe dies rechtfertigen, kann der Dienst für Wohnressourcen die Anerkennung als Wohnressource entziehen.

Der Entzug der Anerkennung hat die Auflösung des in Artikel 4 erwähnten Vertrages zur Folge.

Die Wohnressource kann bei der Dienststelle Einspruch gegen den Entzug der Anerkennung erheben. Diese entscheidet, nachdem sie das Gutachten eines unabhängigen Sachverständigen eingeholt hat.

## KAPITEL II — *Finanzielle Bestimmungen*

**Art. 6** - Die Nutznießer werden anhand von Evaluationsinstrumenten, die die Intensität der erforderlichen Betreuung, Begleitung und Pflege messen, einer Kategorie zugeordnet.

Die Bewertungsinstrumente sowie die Zuordnung müssen von der Dienststelle genehmigt werden.

Je nach Kategorie erhält die Wohnressource für jeden Tag der Aufnahme pro Nutznießer eine Entschädigung von:

- Kategorie 0: 978 Franken (Basissatz);
- Kategorie 1: 1 061 Franken;
- Kategorie 2: 1 144 Franken;
- Kategorie 3: 1 264 Franken;
- Kategorie 4: 1 364 Franken.

Die Entschädigung, die monatlich ausbezahlt wird, wird ab dem ersten Tag der Aufnahme gewährt. Der letzte Tag der Aufnahme wird nicht berücksichtigt.

**Art. 7** - 7. Wohnressourcen können einen einmaligen und rückzahlbaren Betrag von 20 000 Franken pro Nutznießer erhalten. Dieser Betrag wird spätestens nach 12 Monaten mit der Entschädigung verrechnet.

**Art. 8** - Wenn der Nutznießer einer Tagesbeschäftigung nachgeht, wird die in Anwendung von Artikel 6 berechnete Entschädigung pro Tag um folgende Beträge verringert:

- 300 Franken bei Besuch einer Tagesstätte
- 200 Franken in den anderen Fällen.

**Art. 9** - Ist der Nutznießer während der vertraglich vorgesehenen Aufnahmezeit abwesend, erhält die Wohnressource eine Entschädigung, die wie folgt berechnet wird:

- bei Krankenhausaufenthalt des Nutznießers: für die ersten 15 Tage den Basissatz und für weitere 15 Tage die Hälfte dieses Betrages;
- bei Abwesenheit aus anderen Gründen: während 30 Tagen die Hälfte des Basissatzes.

Wenn der Dienst für Wohnressourcen die Verfügbarkeit dieser Wohnressource für den Nutznießer für notwendig erachtet, was der Dienststelle gegenüber zu begründen ist, kann der Wohnressource während weiteren 60 Tagen die Hälfte des Basissatzes gewährt werden.

Der Nutznießer trägt die mit einem Krankenhausaufenthalt verbundenen Kosten.

**Art. 10** - §1. Wenn eine Wohnressource während eines Kalenderjahres eine effektive Aufnahme von 345 Tagen gewährleistet hat, hat sie im darauffolgenden Jahr Anrecht auf 20 Urlaubstage, für die sie den Basissatz erhält. Zusätzliche Urlaubstage werden nicht entschädigt.

Die Urlaubsplanung erfolgt in vorheriger Absprache mit dem Dienst für Wohnressourcen.

§ 2. Wenn ein Urlaub mit dem Nutznießer organisiert wird, hat die Wohnressource zusätzlich zu der in Anwendung von Artikel 6 berechneten Entschädigung Anrecht auf einen Betrag von 363 Franken pro Tag.

Ein solcher Urlaub kann nur mit Einverständnis des Dienstes für Wohnressourcen und für höchstens 20 Tage organisiert werden.

**Art. 11** - Wenn eine Wohnressource seit mindestens einem Jahr anerkannt ist und während mindestens 6 Monaten eine Aufnahme gewährleistet hat, hat sie bei definitivem Auszug des Nutznießers während 30 Tagen Anrecht auf die Hälfte des Basissatzes.

Wenn eine Wohnressource mit Genehmigung der Dienststelle Plätze für die Aufnahme kurzer Dauer (Krisensituationen, Urlaub, Krankheit...) bereithält, hat sie für jeden dieser Plätze Anrecht auf ein Fünftel des Basissatzes pro Tag.

**Art. 12** - Die Eigenbeteiligung des Nutznießers wird gemäß den Bestimmungen des Erlasses vom 21. Februar 1996 zur Festlegung der Eigenbeteiligung in den Einrichtungen und Diensten der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung, berechnet.

**Art. 13** - Die dem Dienst für Wohnressourcen durch die Anwendung des vorliegenden Erlasses entstandenen Kosten werden nach Verrechnung der in Artikel 12 erwähnten Eigenbeteiligung im Rahmen eines jährlichen Abkommens von der Dienststelle getragen.

**Art. 14** - Alle im vorliegenden Erlaß erwähnten Beträge sind an den Leitindex 114,20 der Verbraucherpreise gebunden. Sie sind berechnet auf Basis einer Erhöhung von 3,6265.

## KAPITEL III — *Aufhebungs- und Schlussbestimmungen*

**Art. 15** - Bei den im vorliegenden Erlaß erwähnten Tagen handelt es sich in allen Fällen um Kalendertage.

**Art. 16** - Der Erlaß der Regierung vom 5. Mai 1995 zur Regelung der Familienaufnahme von Personen mit Behinderung ist aufgehoben.

**Art. 17** - Vorliegender Erlaß tritt am 1. Mai 1998 in Kraft.

**Art. 18** - Der Minister für Jugend, Medien und Soziales ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 5. Juni 1998

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft :

Der Minister-Präsident, Minister für Finanzen, internationale Beziehungen, Gesundheit,  
Familie und Senioren, Sport und Tourismus,  
J. MARAITE

Der Minister für Jugend, Ausbildung, Medien und Soziales,  
K.-H. LAMBERTZ

TRADUCTION

F. 98 — 3002

[C - 98/33078]

**5 JUIN 1998. — Arrêté du Gouvernement relatif au placement de personnes handicapées dans des « Ressources en Logements » (Wohnressourcen)**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, modifiée par les lois des 6 juillet 1990, 18 juillet 1990, 5 mai 1993 et 16 juillet 1993;

Vu le décret de la Communauté germanophone du 19 juin 1990 portant création d'un "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge" (Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées ainsi que pour l'assistance sociale spéciale), notamment l'article 4, § 1, 3° et 4°;

Vu l'arrêté ministériel du 24 avril 1973 déterminant, en ce qui concerne le Ministère de la Santé publique et de la Famille, les règles particulières à suivre pour fixer les subventions journalières allouées pour l'entretien et le traitement des handicapés placés à charge des pouvoirs publics, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 20 juillet 1993;

Vu l'arrêté ministériel du 8 avril 1981 fixant, pour la Communauté germanophone, la cotisation des personnes handicapées placées à charge du Fonds de soins médico-socio-pédagogiques pour handicapés;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 5 juin 1998;

Vu l'avis favorable de l'Inspection des Finances, donné le 12 mai 1998;

Vu la proposition émise le 27 mars 1998 par le Conseil d'administration de l'Office;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1, modifié par les lois des 9 août 1980, 16 juin 1989 et 4 juillet 1989;

Vu l'urgence;

Attendu qu'il y a lieu d'actualiser la réglementation applicable étant donné que la Communauté germanophone connaît une demande croissante dans le secteur du placement de personnes handicapées et manque de possibilités de placement;

Attendu qu'il y a lieu de continuer à garantir les placements et que l'entrée en vigueur du présent arrêté ne souffre dès lors aucun délai;

Sur la proposition du Ministre de la Jeunesse, de la Formation, des Médias et des Affaires sociales,

Arrête :

CHAPITRE I. — *Champ d'application et reconnaissance*

**Article 1<sup>er</sup>.** Pour l'application du présent arrêté, l'on entend par :

1° ressource en logements : personnes agréées par le « Service des ressources en logements » (Dienst für Wohnressourcen) qui procurent logement, guidance et soutien aux utilisateurs et promeuvent leur autonomie et leur intégration sociale;

2° utilisateur : personne majeure handicapée inscrite auprès de l'Office;

3° taux de base : l'indemnisation minimale pour des ressources en logements visée à l'article 6;

4° Service des ressources en logements : un service agréé par l'Office pour l'aménagement, l'agrément et le suivi des ressources en logements;

5° Office : Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées ainsi que pour l'assistance sociale spéciale.

Le présent arrêté n'est pas applicable :

— aux utilisateurs qui sont considérés comme « jeunes » au sens de l'article 1 du décret du 20 mars 1995 concernant l'aide à la jeunesse;

— à l'accueil de parents au premier degré.

**Art. 2.** Pour être agréée, une ressource en logements doit :

— contracter une assurance familiale et une assurance incendie couvrant également les utilisateurs;

— satisfaire aux mesures de sécurité prescrites par l'Office.

**Art. 3.** L'agréation comme ressource en logements est octroyée pour une période renouvelable de trois ans au plus.

**Art. 4.** Pour chaque utilisateur, la ressource en logements conclut avec le Service des ressources en logements un contrat d'un an pr evoyant au mois :

- 1° une description des droits et devoirs de toutes les parties;
- 2° un délai de préavis de trois mois;
- 3° la possibilité d'une résiliation sans préavis pour motif grave.

**Art. 5.** Lorsqu'il n'est plus satisfait aux dispositions du présent arrêté ou si des motifs graves le justifient, le Service des ressources en logements peut retirer l'agréation comme ressource en logements.

Le retrait de l'agréation entraîne la résiliation du contrat visé à l'article 4.

La ressource en logements peut introduire auprès de l'Office un recours contre le retrait de l'agréation. L'Office décide après avoir demandé l'avis d'un expert indépendant.

#### CHAPITRE II. — Dispositions financières

**Art. 6.** Les utilisateurs sont classés en catégories au moyen d'outils d'évaluation mesurant la garde, l'encadrement et les soins nécessaires.

Les instruments d'évaluation ainsi que le classement doivent être approuvés par l'Office.

Selon la catégorie, la ressource en logements reçoit, par jour et par utilisateur, une indemnité de :

- 978 francs (taux de base) pour la catégorie 0;
- 1 061 francs pour la catégorie 1;
- 1 144 francs pour la catégorie 2;
- 1 264 francs pour la catégorie 3;
- 1 364 francs pour la catégorie 4.

L'indemnité, liquid e mensuellement, est octroyée dès le premier jour d'accueil. Le dernier jour d'accueil n'est pas pris en considération.

**Art. 7.** Les ressources en logements peuvent obtenir un montant unique et remboursable de 20 000 francs par utilisateur. Ce montant est imputé sur l'indemnité au plus tard après douze mois.

**Art. 8.** Lorsque l'utilisateur exerce une activité de jour, les montants suivants sont déduits de l'indemnité journalière calculée en application de l'article 6 :

- 300 francs en cas de fréquentation d'un centre de jour;
- 200 francs dans les autres cas.

**Art. 9.** Si l'utilisateur est absent au cours de la période d'accueil contractuelle, la ressource en logements reçoit une indemnité calculée comme suit :

- en cas d'hospitalisation de l'utilisateur : le taux de base pour les 15 premiers jours, la moitié de ce montant pour les 15 jours suivants;
- en cas d'absence pour d'autres motifs : la moitié du taux de base pendant 30 jours.

Lorsque le Service des ressources en logements estime qu'il est nécessaire que cette ressource en logements reste disponible pour l'utilisateur, ce qui doit être justifié auprès de l'Office, la moitié du taux de base peut être octroyée à la ressource en logements pendant 60 jours supplémentaires.

L'utilisateur supporte les frais liés à une hospitalisation.

**Art. 10.** § 1. Lorsqu'une ressource en logements a garanti un accueil effectif de 345 jours au cours d'une année civile, elle a droit l'année suivante à 20 jours de congé pour lesquels elle obtient le taux de base. Les jours de congé supplémentaires ne sont pas indemnisés.

La programmation des congés a lieu après concertation avec le Service des ressources en logements.

§ 2. Lorsque des vacances sont organisées avec l'utilisateur, la ressource en logements a droit, en plus de l'indemnité calculée en application de l'article 6, à un montant de 363 francs par jour.

De telles vacances ne peuvent être organisées que moyennant l'accord du Service des ressources en logements et pour 20 jours au plus.

**Art. 11.** Lorsqu'une ressource en logements est agr e e depuis un an au moins et a assuré un accueil pendant au moins 6 mois, elle a droit, lors du départ définitif de l'utilisateur, à la moitié du taux de base pendant 30 jours.

Lorsqu'une ressource en logements, après approbation de l'Office, tient des places disponibles pour l'accueil de courte durée (situations de crise, congé, maladie...), elle a droit pour ces places à 1/5 du taux de base par jour.

**Art. 12.** La participation personnelle de l'utilisateur est calculée conformément aux dispositions de l'arrêté du 21 février 1996 fixant la participation personnelle dans les établissements et services de la Communauté germanophone pour handicapés.

**Art. 13.** Les frais encourus par le Service des ressources en logements en application du présent arrêté sont, après déduction de la participation personnelle visée à l'article 12, supportés par l'Office dans le cadre d'une convention annuelle.

**Art. 14.** Tous les montants cités dans le présent arrêté sont liés à l'indice-pivot 114,20 des prix à la consommation. Ils sont calculés sur la base d'une augmentation de 3,6265.

CHAPITRE III. — *Dispositions abrogatoires et finales*

**Art. 15.** Tous les jours dont question dans le présent arrêté sont des jours de calendrier.

**Art. 16.** L'arrêté du Gouvernement du 5 mai 1995 réglant le placement familial pour handicapés est abrogé.

**Art. 17.** Le présent arrêté produit ses effets le 1<sup>er</sup> mai 1998.

**Art. 18.** Le Ministre de la Jeunesse, de la Formation, des Médias et des Affaires sociales est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 5 juin 1998.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président, Ministre des Finances, des Relations internationales, de la Santé,  
de la Famille et des Personnes âgées, du Sport et du Tourisme,  
J. MARAITE

Le Ministre de la Jeunesse, de la Formation, des Médias et des Affaires sociales,  
K.-H. LAMBERTZ

## VERTALING

N. 98 — 3002

[C - 98/33078]

**5 JUNI 1998. — Besluit van de Regering betreffende de opname van gehandicapten in « Woonressources »**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de wetten van 6 juli 1990, 18 juli 1990, 5 mei 1993 en 16 juli 1993;

Gelet op het decreet van de Duitstalige Gemeenschap van 19 juni 1990 houdende oprichting van een "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge" (Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap alsmede voor de bijzondere sociale bijstandsverlening), inzonderheid op artikel 4, § 1, 3<sup>o</sup> en 4<sup>o</sup>;

Gelet op het ministerieel besluit van 24 april 1973 tot bepaling, wat betreft het Ministerie van Volksgezondheid en van het Gezin, van de te volgen bijzondere regels voor de vaststelling van de toelagen per dag, toegekend voor het onderhoud en de behandeling van de gehandicapten, geplaatst ten laste van de openbare besturen, ten laatste gewijzigd bij het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 20 juli 1993;

Gelet op het ministerieel besluit van 8 april 1981 tot bepaling, voor de Duitstalige Gemeenschap, van de bijdrage van de gehandicapten die ondergebracht worden ten laste van het Fonds voor medische, sociale en pedagogische zorg voor gehandicapten;

Gelet op het akkoord van de Minister-Président, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 5 juni 1998;

Gelet op het gunstig advies van de Inspectie van Financiën, gegeven op 12 mei 1998;

Gelet op het voorstel uitgebracht op 27 maart 1998 door de Raad van Beheer van de Dienst voor personen met een handicap alsmede voor de bijzondere sociale bijstand;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, gewijzigd bij de wetten van 9 augustus 1980, 16 juni 1989 en 4 juli 1989;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat in de Duitstalige Gemeenschap het behoefte inzake opname van gehandicapten steeds groter wordt en dat er een gebrek aan opnamemogelijkheden is, zodat een actualisering van de toepasselijke reglementering inzake persoonlijke participatie noodzakelijk wordt;

Overwegende dat verder voor de opname moet worden gezorgd en dat de inwerkingtreding van dit besluit derhalve geen uitstel meer lijdt;

Op de voordracht van de Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden,

Besluit :

HOOFDSTUK I. — *Toepassingsgebied en erkenning*

**Artikel 1.** Voor de toepassing van dit besluit verstaat men onder :

1<sup>o</sup> woonressource : door de Dienst voor woonressources erkende personen die gebruikers een verblijf, een begeleiding, een hulp verlenen en hun autonomie en maatschappelijke integratie bevordert;

2<sup>o</sup> gebruiker : bij de Dienst voor gehandicapten ingeschreven meerderjarige gehandicapte;

3<sup>o</sup> basistarief : de in artikel 6 bepaalde minimumvergoeding voor woonressources;

4<sup>o</sup> Dienst voor woonressources : een dienst die voor de inrichting, de erkenning en de opvolging van de woonressources door de Dienst voor gehandicapten erkend is;

5<sup>o</sup> Dienst voor gehandicapten : de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap alsmede voor de bijzondere sociale bijstandsverlening.

Voorliggend besluit is niet van toepassing :

— op de gebruikers die als « jongelui » in de zin van artikel 1 van het decreet van 20 maart 1995 inzake hulpverlening aan de jeugd beschouwd worden;

— op de opname van bloedverwanten op de eerste graad.

**Art. 2.** Om erkend te worden moet een woonresource :

- een gezinsverzekering en een brandverzekering aangaan die de gebruikers ook dekken;
- aan de door de Dienst voor gehandicapten voorgeschreven veiligheidsmaatregelen voldoen.

**Art. 3.** De erkenning als woonresource wordt voor een hernieuwbare termijn van ten hoogste drie jaar toegekend.

**Art. 4.** Voor elke gebruiker sluit de woonresource met de Dienst voor woonresources een éénjarig verdrag af dat ten minste in

- 1° een beschrijving van de rechten en plichten van alle partijen;
- 2° een opzeggingstermijn van drie maanden;
- 3° de mogelijkheid van een opzegging zonder opzeggingstermijn bij gewichtige redenen voorziet.

**Art. 5.** Wordt er aan de bepalingen van voorliggend besluit niet meer voldaan of indien gewichtige redenen het rechtvaardigen, dan kan de Dienst voor woonresources de erkenning als woonresource intrekken.

De intrekking van de erkenning leidt tot de opzegging van het in artikel 4 bedoelde verdrag.

De woonresource kan bij de Dienst voor gehandicapten een beroep instellen tegen de intrekking van de erkenning. De Dienst voor gehandicapten beslist nadat hij het advies van een onafhankelijk deskundige heeft ingewonnen.

## HOOFDSTUK II. — *Financiële bepalingen*

**Art. 6.** De gebruikers worden in categorieën gerangschikt aan de hand van evaluatiehulpmiddelen die de intensiteit van de noodzakelijke hoede, begeleiding en verzorging meten.

De evaluatiehulpmiddelen alsmede de rangschikking moeten door de Dienst voor gehandicapten goedgekeurd worden.

Naargelang de categorie verkrijgt de woonresource, per dag en per gebruiker, een vergoeding ten belope van :

- 978 frank (basistarief) voor de categorie 0;
- 1 061 frank voor de categorie 1;
- 1 144 frank voor de categorie 2;
- 1 264 frank voor de categorie 3;
- 1 364 frank voor de categorie 4.

De maandelijks uitbetaalde vergoeding wordt vanaf de eerste onthaaldag toegekend. De laatste onthaaldag wordt echter niet in aanmerking genomen.

**Art. 7.** De woonresources mogen een eenmalig terugbetaalbaar bedrag van 20 000 frank per gebruiker verkrijgen. Dit bedrag wordt ten laatste na twaalf maanden op de vergoeding aangerekend.

**Art. 8.** Indien de gebruiker dagwerk verricht, worden volgende bedragen van de met toepassing van artikel 6 berekende dagelijkse vergoeding afgetrokken :

- 300 frank bij bezoek van een dagcentrum;
- 200 frank in de andere gevallen.

**Art. 9.** Indien de gebruiker in de loop van de contractuele opvangtermijn afwezig is, dan verkrijgt de woonresource een vergoeding, berekend als volgt :

- bij opneming van de gebruiker in een ziekenhuis : het basistarief voor de eerste veertien dagen, de helft ervan voor de volgende veertien dagen;
- bij afwezigheid om andere redenen : de helft van het basistarief tijdens 30 dagen.

Meent de Dienst voor woonresources dat het noodzakelijk is dat deze woonresource voor de gebruiker beschikbaar blijft, wat bij de Dienst voor gehandicapten moet worden verantwoord, kan de helft van het basistarief tijdens 60 bijkomende dagen aan de woonresource toegekend worden.

De met een opneming in een ziekenhuis gebonden kosten vallen ten laste van de gebruiker.

**Art. 10.** § 1. Als een woonresource tijdens een kalenderjaar voor een werkelijke opname van ten minste 345 dagen zorgt, heeft ze tijdens het daaropvolgende jaar recht op 20 verlofdagen waarvoor ze het basistarief verkrijgt. De bijkomende verlofdagen worden door de Dienst voor gehandicapten niet vergoed.

De verlofdagen worden in overleg met de Dienst voor woonresources geprogrammeerd.

§ 2. Als een vakantie met de gebruiker georganiseerd wordt, heeft de woonresource recht op een bedrag van 363 frank per dag naast de vergoeding berekend met toepassing van artikel 6.

Zo'n vakantie mag slechts met de toestemming van de Dienst voor woonresources en voor ten hoogste 20 dagen georganiseerd worden.

**Art. 11.** Als een woonresource sinds ten minste één jaar erkend is en tijdens ten minste 6 maanden voor een opname gezorgd heeft, heeft ze bij het definitief vertrek van de gebruiker recht op de helft van het basistarief tijdens dertig dagen.

Als een woonresource met de toestemming van de Dienst voor gehandicapten plaatsen voor kort verblijf (crisistoestanden, verlof, ziekte...) voorbehoudt, heeft ze recht op één vijfde van het basistarief per dag voor elk van deze plaatsen.

**Art. 12.** De persoonlijke participatie van de gebruiker wordt berekend overeenkomstig de bepalingen van het besluit van 21 februari 1996 tot vastlegging van de persoonlijke participatie in de inrichtingen en diensten van de Duitstalige Gemeenschap voor gehandicapten.

**Art. 13.** De kosten aangegaan door de Dienst voor woonressources met toepassing van voorliggend besluit worden na verrekening van de in artikel 12 bedoelde persoonlijke participatie in het kader van een jaarlijkse overeenkomst door de Dienst voor gehandicapten overgenomen.

**Art. 14.** Alle bedragen opgenomen in dit besluit worden gekoppeld aan het spilindexcijfer 114,20 der consumptieprijzen. Ze zijn berekend op basis van een verhoging van 3,6265.

### HOOFDSTUK III — *Opheffings- en slotbepalingen*

**Art. 15.** Al de dagen bedoeld in dit besluit zijn kalenderdagen.

**Art. 16.** Het besluit van de Regering van 5 mei 1995 tot regeling van de plaatsing in gezinnen ten behoeve van gehandicapten wordt opgeheven.

**Art. 17.** Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 1 mei 1998.

**Art. 18.** De Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 5 juni 1998.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President, Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen,  
Gezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme,  
J. MARAITE

De Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden,  
K.-H. LAMBERTZ



D. 98 — 3003

[S - C - 98/33079]

### **23. JUNI 1998 — Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Festlegung des Stellenplans des endgültig ernannten Personals des Gemeinschaftlichen und Regionalen Amtes für Berufsausbildung und Arbeitsbeschaffung (GRABA/FOREM)**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Gesetze vom 6. Juli 1990, 18. Juli 1990, 5. Mai 1993, 16. Juli 1993 und 16. Dezember 1996;

Aufgrund des Dekretes der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 19. Dezember 1988 über die Organisation der Berufsausbildung, abgeändert durch die Dekrete vom 27. Juni 1989, 29. Juni 1992 und 20. Mai 1997;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 26. September 1994 zur Festlegung der auf das Personal der Dienste der Gemeinschafts- und Regionalregierungen und des Kollegiums der gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Französischen Gemeinschaftskommission sowie der von ihnen abhängenden juristischen Personen öffentlichen Rechts anwendbaren allgemeinen Grundsätze des Verwaltungs- und Besoldungsstatuts der Staatsbediensteten;

In Erwägung des Dekretes der Wallonischen Region vom 16. Dezember 1988 zur Schaffung des Regionalen Amtes für Arbeitsbeschaffung, insbesondere des Artikels 20;

In Erwägung des Erlasses der Regierung der Wallonischen Region vom 16. November 1995 zur Festlegung des Stellenplans des endgültig ernannten Personals des "Office communautaire et régional de la Formation professionnelle et de l'Emploi" (FOREM);

Aufgrund des Gutachtens der Finanzinspektion vom 8. Juni 1998;

Aufgrund des Gutachtens des Verwaltungsrates des GRABA/FOREM vom 11. April 1995;

Aufgrund des Protokolls Nr. 174 des Sektorenausschusses XVI vom 19. Mai 1995;

Aufgrund des Einverständnisses des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 19. Juni 1998;

Auf Vorschlag des Ministers für Jugend, Ausbildung, Medien und Soziales,

Beschließt:

**Artikel 1.** Der Stellenplan des endgültig ernannten Personals des Gemeinschaftlichen und Regionalen Amtes für Berufsausbildung und Arbeitsbeschaffung (GRABA/FOREM) wird wie folgt festgelegt:

#### GENERALDIREKTION UND ABTEILUNG STRATEGIE - ENTWICKLUNG UND ORGANISATION

Generaldirektor	2
Abteilung Strategie - Entwicklung und Organisation	
Generalinspektor	1
Direktion der juristischen Dienststellen	
Direktor	1
Deutschsprachiger Sprachbeigeordneter	
Direktor	1
Zentrale der Generaldirektion und der Abteilung Strategie - Entwicklung und Organisation	
Erster Attaché	5
Attaché	15